

deutscher Herrschaft kriegsgefangene Ovaherero und Nama Lebensbedingungen ausgesetzt wurden, die zusammen mit der Zwangsarbeit Tausenden das Leben kosteten. Das ist seit längerer Zeit durch die Arbeiten von Casper Erichsen, Jürgen Zimmerer und Jonas Kreienbaum erforscht und im Hinblick auf die Vernichtungsabsicht des deutschen Oberbefehls und Gouvernements kontrovers diskutiert. Die von der Gerda-Henkel-Stiftung geförderte Initiative der Archäologin und Direktorin des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover könnte da allein durch den Anspruch sinnvoll sein, mittels genauer Vermessung und Kartierung der im Hafen von Lüderitz gelegenen Insel topographische Fragen zu klären; entsprechende Ergebnisse werden ergänzt durch Hinweise auf die baugeschichtlichen Hintergründe einiger der heute noch vorhandenen Gebäude. Nur sehr kursorisch geht das Buch auf die Situation der Erinnerungslandschaft auf der Insel ein, die Stätten, die sich auf Kolonisatoren und Kolonialsoldaten beziehen sowie andererseits auf die Initiative von Opfergruppen zurückgehen. Dafür wird ein Großteil der Seiten von Bildmaterial eingenommen, das – mit Ausnahme der eigenen Photographien der Herausgeberin – insgesamt bekannt oder, wie Aufnahmen aus dem Album eines deutschen Offiziers, die entblößte weibliche Körper zeigen, mit gutem Grund sonst nicht veröffentlicht wird. Vor allem wird sehr wenig dazu gesagt, welchen Erkenntnisgewinn all dies nun bringen soll. Die Texte, die den Hintergrund der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia vermitteln sollen, sind für diesen Zweck lückenhaft, wenig übersichtlich und enthalten zahlreiche Fehler. Zu nennen ist die Behauptung, „Angra Pequena“ sei der „ursprüngliche Name von Lüderitz“ (53) – als begänne die Geschichte mit der Ankunft der Portugiesen. Der Name des Ortes auf Khoekhoegowab „!Nami#Nûs“ lässt sich leicht nachschauen. Das wäre durch den Rückgriff auf die vorhandene Literatur leicht zu vermeiden gewesen. Die Beschreibung des Lagers selbst paraphrasiert Erichsen und Kreienbaum, ohne dem Wesentlichen hinzuzufügen. Die auf der Rückseite des Einbandes benutzte Formulierung „ein trauriges Fiasko“ zitiert unmittelbar Kreienbaums wenig glücklich gewählten Titel. Man kann darin eine beschönigende Formulierung gegenüber der absehbar tödlichen Entscheidung sehen, Tausende auf einer Felsinsel im nasskalten Seeklima zu internieren, ihnen völlig unzureichende oder keine Unterkünfte und schlechte Nahrung zu geben und sie zudem noch schwerer Zwangsarbeit zu unterwerfen. Was Lembke getrieben hat, abschließend noch zu spekulieren, irgendjemand habe geglaubt, „mit Konzentrationslagern Frieden (zu) erreichen“ (89), bleibt wohl ihr Geheimnis.

Reinhard Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.22>

Georg Simonis: *Global Governance. Entstehung – Institutionen – Analyse*. Wiesbaden: Springer 2023, xxiii + 502 Seiten
(<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36462-5>).

Zum Thema *Global Governance* (GG) gibt es inzwischen eine unüberschaubare Menge an Literatur. Das vorliegende Buch hat nicht den Anspruch, einen neuen theoretischen Ansatz zu entwickeln, sondern ist zunächst einmal als Lehrbuch konzipiert.

Als solches ist es vorbildlich strukturiert. Jedes Kapitel enthält eine Zusammenfassung, Lernziele, Aufgaben zur Selbstüberprüfung und Kurzzusammenfassungen weiterführender Literatur; eingebaut sind konkrete Beispiele von internationalen Organisationen. Der Text liefert jedoch auch eine umfassende Bestandsaufnahme der GG-Diskurse, die für die wissenschaftliche Diskussion unverzichtbar ist.

In der Einleitung werden zunächst Hypothesen zum GG-Konzept skizziert, so u.a. das Ziel der Bewältigung globaler Problemlagen wie die Erhaltung globaler Gemeinschaftsgüter (Frieden, Umweltstabilität, Armutsbekämpfung, Gesundheit); der Bedarf an Kooperation angesichts des Fehlens einer Weltregierung; die Vielfalt von Akteur*innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Kultur und Wissenschaft neben Staaten und internationalen gouvernementalen Organisationen (IRO); das Entstehen komplexer überstaatlicher Institutionen, fragmentiert in verschiedenen Interdependenz- und Politikfeldern infolge unterschiedlicher Akteursinteressen, Machtkonfigurationen und Problemsituationen; *governance*-Versagen bei Nicht-Bewältigung internationaler Kooperationsprobleme (10-16).

Georg Simonis analysiert aktuelle GG grundsätzlich in einer historischen Perspektive der Entwicklung und des Wandels von Weltordnungen (4). Ausgangspunkt des Buches ist die Herausbildung eines GG-Systems im Rahmen der liberalen Weltordnung unter US-amerikanischen Hegemonie seit 1945 (Kap. 2). Jenseits der Krise der amerikanischen Hegemonie und geopolitischer Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges spielt das Bewusstsein einer existenzbedrohenden ökologischen Krise eine zentrale Rolle. Im Jahre 2000 wurde der Begriff des *Anthropozäns* für ein neues Zeitalter geprägt, in dem die Menschheit selbst zu einem die Naturverhältnisse auf dem Globus bestimmenden geologischen Faktor geworden ist und damit Gefährdungen produziert hat, die nur kollektiv zu bewältigen seien.

In den Kap. 3-7 werden die Kernelemente des Konzepts dargestellt. Ausgehend von der Diskussion unterschiedlicher Definitionen mit spezifischen Akzentuierungen (Kap. 3) definiert Simonis GG „als an der Sicherung und Gewährleistung von GÖG orientierter, auf Legitimation bedachtes (problemorientiertes) Handeln von überstaatlichen öffentlichen, privaten und hybriden Institutionen und der im Rahmen dieser Institutionen handelnden Personen und Institutionen“ (92).

Kap. 4 gibt einen Überblick zum Thema der globalen Gemeinschaftsgüter (GÖG). Kap. 5 diskutiert die normativen Hintergrundannahmen verschiedener Ansätze in der GG-Diskussion. Kosmopolitismus (Etablierung demokratischer GG-Strukturen, die für die Weltgesellschaft insgesamt verbindliche Entscheidungen treffen), Transnationalismus (Durchsetzung von Zielen transnationaler Netzwerke gegen Kräfte des Status quo) und Hegemonismus (Definition und Durchsetzung globaler Allgemeininteressen durch hegemoniale Staaten sowohl aus systemkritischer als auch aus Sicht der realistischen IB-Theorie) begründen *governance*-Versagen und dessen Bewältigung in unterschiedlicher Weise. Simonis betont, dass vor allem im Zusammenhang mit der Einhaltung planetarer Grenzen die normative Strömung eines *kosmopolitischen Postfunktionalismus* an Bedeutung gewonnen hat, wobei funktional notwendige Problemlösungen „in gesellschaftlichen Aneignungsprozessen wahrgenommen, gedeutet und bewertet werden“ (149), und damit eine *konstruktivistische*

Perspektive integriert wird. In den beiden folgenden Kapiteln werden die Mechanismen der Institutionalisierung von Autorität oberhalb der Staatengesellschaft (Kap. 6) und verschiedene Formen globaler Interdependenz als Ausgangspunkt der Entwicklung einzelner *governance*-Bereiche diskutiert (Kap. 7). Wichtig ist dabei der Hinweis, dass eine Ausweitung der Interdependenz durch Globalisierung und zunehmende Regulierung auch zu „regulativen Inkompatibilitäten“ (*rule overlap*) führt, d.h. dass die Regeln einer Autorität in Konflikt geraten mit den Regeln und Regulierungen einer anderen Autorität. Hier sind häufig politische Rahmenbedingungen ausgehandelt worden, die aufgrund der Opportunität von den beteiligten (politisch-administrativen, privaten und/oder hybriden) Akteur*innen akzeptiert werden (*policy interdependence*, 223-226).

Ab Kap. 8 geht es um die Analyse der empirischen Phänomene von aktueller GG. Dabei wird eine Sichtung des Formenreichtums von GG-Institutionen vorgenommen und eine Typologie entwickelt. Diese unterscheidet zwischen Organisationen (Internationale Regierungsorganisationen, transnationale nichtstaatliche Organisationen, und transnationale Unternehmen, die nicht nur hierarchische ökonomische Einheiten, sondern auch Netzwerke von den jeweiligen nationalstaatlichen Gesetzen unterliegenden Tochterunternehmen darstellen), Regimen (bindende Regeln für Mitglieder in einem bestimmten Problembereich) und Netzwerken (informelle Kooperation und Koordination zwischen verschiedenen Typen von Akteuren) (248-270). Obwohl die meisten GG-Institutionen aus der Notwendigkeit der Problemlösung im sektoralen Bereich entstanden sind, kann der Gesamtkomplex als eine *neue Form der Weltordnung* (Kap. 8.3) angesehen werden. Diese ist einerseits durch eine territoriale und sektorale Fragmentierung, andererseits durch eine mehrdimensionale Architektur verschiedener Regimekomplexe gekennzeichnet, die Regeln, Normen und Institutionen zwischen den Schlüsselakteuren steuern.

Dies impliziert auch ein System der *multi-level governance* (Kap. 9), das in *governance*-Bereiche, Politikfelder und Institutionen fragmentiert ist, wobei in jedem einzelnen Politikfeld die Kräfteverhältnisse umkämpft sind (319). In welcher Weise sich die überstaatliche Handlungsebene, oft auf epistemischer und technokratischer Autorität basierend, mit der nationalstaatlichen und lokalen Ebene verbindet und welche Auswirkungen das auf liberale (westliche) Demokratien hat, ist laut Simonis noch nicht abzusehen (327). Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Struktur von GG-Systemen, die ausgehend von der Identifikation spezifischer GG-Probleme die Interaktion von „Prinzipalen“, d.h. autonomen *governance*-Akteuren wie Staaten, aber auch nicht-staatlichen Akteur*innen in ihrer Rolle als Regelsetzer*innen („rule-maker“) mit Verhaltensänderungen derselben Akteur*innen als Folge dieser Regelungen („rule taker“) verbindet. Dies betrifft die Organisation von Verhandlungs- und Implementierungsprozessen (auch Sanktionen), und kann in internationalen Organisationen, Sekretariaten von Regimen oder in spezifischen organisatorischen Vereinbarungen zwischen privaten Akteur*innen geschehen (Kap. 10). Von der Organisationsweise dieser Prozesse hängen zentrale politische Merkmale ab, wie Legitimität, Macht, Effektivität und die Fähigkeit zum Wandel (Kap. 11). Schließlich wird am Beispiel der Klima-*governance* (Kap. 12) „die Entstehung potentiell

leistungsfähiger überstaatlicher GG-Institutionen“ (413) aufgezeigt. Hier gelang (vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe) die Kombination hierarchischer, zwischenstaatlicher *governance* mit „polyzentrischer, auf Freiwilligkeit beruhender, Bottom-up-Governance“ (451) im Rahmen des über Jahrzehnte hinweg entstandenen Diskursraumes eines *transnationalen politisch-ökologischen Komplexes*.

Der „Zusammenfassende Ausblick“ (Kap. 13) betont „die zunehmende Relevanz von GG zur Bewältigung zukünftiger Probleme, die schon heute bearbeitet werden müssen, um überhaupt Lösungen zu finden“ (487). „Der Kooperationsdruck zur Bewältigung der *Earth System Governance*, der Friedenssicherung, von ökonomischen und sozialen Krisen übertrifft nationale Alleingänge, die aber nie ausgeschlossen werden können.“ (491)

Das Buch bietet einen sehr differenzierten und thematisch nahezu erschöpfenden Überblick über die verschiedenen Aspekte der GG-Problematik. Dabei wäre vielleicht zu kritisieren, dass unter den globalen Gemeinschaftsgütern das Thema „Versorgungssicherheit“ vor allem in Bezug auf „Beseitigung von Armut“ (11, 104) und damit ein wichtiger Aspekt globaler Ungleichheit nur marginal behandelt wird. Die Band ist insgesamt gut strukturiert; gerade für ein Lehrbuch macht es Sinn, zunächst einmal verschiedene Stränge der Diskussion zu präsentieren und davon ausgehend die eigene Analyseperspektive zu entwickeln. Allerdings irritiert ein Satz in der Einleitung: Müssen dann erst die „Möglichkeit der Entstehung überstaatlicher Institutionen und Hinweise auf die Wahrscheinlichkeit von deren Entwicklung“ begründet werden (8, bezogen auf die Kap. 2-7), „bevor ein phänomenologischer Überblick über die bestehende Institutionenlandschaft“ gegeben werden kann. (Kap. 8ff)? Kap. 6 und 7 diskutieren das Phänomen von GG im Zusammenhang mit politischer Autorität und Souveränität sowie globaler Interdependenz im Rahmen der Globalisierung, gewissermaßen als Zuspitzung der grundlegenden Fragen des ersten Teils. Dies hätte durch eine explizitere Fokussierung auf drei theoretische Bereiche vertieft werden können, die im Mittelpunkt des Buches stehen:

1. „*Globale Öffentliche Güter*“ sollte auf der Vorstellung des Konzepts öffentlicher Güter und damit des grundlegenden Problems der Bereitstellung, vor allem der Finanzierung dieser Güter aufbauen, bevor der Entstehungszusammenhang von GÖG behandelt wird. Damit wäre die Problematik von Ungleichheit und Machtverhältnissen neben den gemeinsamen Problemlagen von Staaten stärker in den Vordergrund getreten.
2. Der *Souveränitätsaspekt mit seinen staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Komponenten* (Nationalstaat als primärer Adressat von politischer Rechenschaftspflicht) hätte als theoretischer Dreh- und Angelpunkt behandelt werden können. Im Buch spielt „Souveränität“ zwar in der Doppelfunktion von Staaten als *rule-maker* und *rule-taker* im GG-Prozess eine zentrale Rolle, diese handeln aber primär als Getriebene angesichts globaler Herausforderungen.
3. Der Aspekt der wachsenden Interdependenz von Staaten und Politikbereichen wird primär als Globalisierungsfolge dargestellt; allerdings sollte *Globalisierung*

nicht nur immer wieder als Referenzpunkt benannt, sondern als dritter zentraler theoretischer Ausgangspunkt behandelt werden.

Durch eine solche stärkere Betonung der theoretischen Basis wäre die Perspektive einer auf starker *global governance* aufbauenden Weltordnung im Sinne eines „komplexen gesellschaftlichen Zusammenwachsens“ (490) mit ihrem Kooperationsdruck zur Sicherung globaler öffentlicher Güter einerseits, ihren Widersprüchen andererseits noch klarer geworden.

Wolfgang Hein

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.23>

Judith Kopp: *Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015*. Bielefeld: transcript 2023, 301 Seiten

Der lange Sommer der Migration 2015 – oder alltagssprachlich: die „Flüchtlingskrise“ – ist inzwischen einige Jahre her. Die damaligen Diskussionen sind aber keineswegs abgeschlossen, wie in der Persistenz diskursiver, meist negativer Bezüge auf die Ereignisse von 2015 immer wieder deutlich wird. Eine solche Kontinuität besteht unter anderem in der Forderung, Fluchtursachen in den Heimatländern der Geflüchteten zu bekämpfen. Sie stellte ein zentrales, wenn auch inhaltlich stark umkämpftes Element der Auseinandersetzungen über die Lösung der vermeintlichen „Flüchtlingskrise“ dar. In ihrer nun als Buch erschienenen Dissertation fragt Judith Kopp, warum die Forderung nach „Fluchtursachenbekämpfung“ im Sommer 2015 auf europäischer und bundesdeutscher Ebene von so großer Relevanz war und welches Verständnis dieser Forderung sich dabei durchgesetzt hat.

Für die Beantwortung ihrer Fragestellungen wählt Kopp eine leicht modifizierte Version der Historisch-Materialistischen Politikanalyse (HMPA). Die HMPA stellt eine Operationalisierung der Staatstheorie von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas dar und untersucht gesellschaftliche Kräfteverhältnisse anhand der Auseinandersetzungen von Hegemonieprojekten in konkreten Konflikten. Hegemonieprojekte sind dabei als Aggregation von hegemonieorientierten Strategien zu verstehen, die eine gemeinsame Richtung in konkreten gesellschaftlichen Konflikten aufweisen. In einem Dreischritt von Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse arbeitet die HMPA diese Hegemonieprojekte anhand ihrer sich in den konkreten Handlungen relevanter Akteur:innen manifestierenden Strategien heraus. Auf Basis der in diesen Konflikten aufscheinenden Machtressourcen der verschiedenen Projekte lassen sich Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ziehen. Für ihre Arbeit hat Kopp die HMPA leicht angepasst, indem sie Akteurs- und Prozessanalyse getauscht hat und sich vor allem auf diskursive Strategien konzentriert. Methodisch arbeitete sie dabei mit einer Diskursanalyse von Dokumenten und Interviews relevanter Institutionen (bzw. deren Vertreter:innen) wie dem Bundestag, dem Europäischen Parlament und Nichtregierungsorganisationen.

In einem ersten Schritt analysiert Kopp den strukturellen und historischen Kontext des Fluchtursachendiskurses. Auf struktureller Ebene kontextualisiert sie